

Agrargesetz vor Höchstgericht

Innsbruck – Am 16. Juni steht das Agrargesetz zur Regelung der Agrargemeinschaftsfrage auf dem Prüfstand des Verfassungsgerichts. Die Oppositionsparteien SPÖ, Liste Fritz, FPÖ und Impuls haben es angefochten. Gleichzeitig versuchen Dutzende Agrarier mit Hilfe einer Prozessfinanzierungsgesellschaft, die Regelung vor dem Menschenrechtsgerichtshof zu kippen. Im Erfolgsfall erhält der Prozessfinanzierer 40 Prozent der Entschädigung. *(pn)*

Mehr auf den Seiten 2, 4